

# Bundesgesetzblatt <sup>769</sup>

Teil II

G 1998

---

**2007**

**Ausgegeben zu Bonn am 11. Juni 2007**

**Nr. 17**

---

Tag	Inhalt	Seite
23. 5.2007	Verordnung zur Änderung der Verordnung über besonders geschützte Gebiete, besonders verwaltete Gebiete, historische Stätten und Denkmäler in der Antarktis (Antarktis-Schutzgebietsänderungsverordnung – AntSchÄndV) .....	770
25. 5.2007	Erste Verordnung zur Bestimmung eines Gebietes als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete .....	778
13. 2.2007	Bekanntmachung der Änderung der Anlage des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See .....	782
7. 5.2007	Bekanntmachung zu dem Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen .....	787
7. 5.2007	Bekanntmachung der deutsch-russischen Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Vernichtung chemischer Waffen auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation .....	789
7. 5.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Internationalen Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut .....	791
10. 5.2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des OCCAR-Geheimsschutzübereinkommens .....	792

---

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über besonders geschützte Gebiete, besonders verwaltete Gebiete,  
historische Stätten und Denkmäler in der Antarktis  
(Antarktis-Schutzgebietsänderungsverordnung – AntSchÄndV)**

**Vom 23. Mai 2007**

Auf Grund des § 29 Abs. 1 des Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetzes vom 22. September 1994 (BGBl. I S. 2593), der zuletzt durch Artikel 69 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung:

**Artikel 1  
Änderung  
der Antarktis-Schutzgebietsverordnung**

Die Antarktis-Schutzgebietsverordnung vom 25. April 2005 (BGBl. 2005 II S. 386) wird wie folgt geändert:

1. Anhang 1 (zu § 1 Nr. 1) wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 101

Taylor Rookery, Mac. Robertson Land

67°26' S, 60°50' E

Vormals „Besonderes Schutzgebiet Nr. 1“

Das Gebiet besteht aus der etwa 0,4 km<sup>2</sup> großen nördlichsten Felsenfläche an der Ostseite des Taylor Glacier.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

b) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 102

Rookery Islands, Holme Bay, Mac. Robertson Land

67°37' S, 62°33' E

Vormals „Besonderes Schutzgebiet Nr. 2“

Das etwa 30 km<sup>2</sup> große Gebiet liegt sieben Seemeilen westlich der Station Mawson und umfasst die Inseln und Felsen innerhalb des auf den Karten des Verwaltungsplans eingezeichneten Rechtecks.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

c) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 103

Ardery Island und Odbert Island, Budd Coast, Wilkes Land, Ost-Antarktis

66°22' S, 110°28' E und 66°22' S, 110°33' E

Vormals „Besonderes Schutzgebiet Nr. 3“

Das etwa 1,9 km<sup>2</sup> große Gebiet besteht aus Ardery Island und Odbert Island, die vor der Budd Coast im südlichen Teil der Vincennes Bay sieben Seemeilen südlich der früheren Station Wilkes (Australien) liegen.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

d) Nummer 16 wird wie folgt gefasst:

„16. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 116

New College Valley, Caughley Beach, Cape Bird, Ross Island

77°14' S, 166°23' E

Vormals „Besonderes Schutzgebiet Nr. 20“

Das Gebiet hat eine Fläche von ca. 0,33 km<sup>2</sup>. Cape Bird befindet sich am Nordwestausläufer des Mt. Bird (1 800 m), einem nicht aktiven Kegelvulkan. New College Valley befindet sich südlich von Cape Bird auf einem eisfreien Höhengebiet über Caughley Beach, das zwischen den zwei Adélie-Pinguin-Felsen liegt, die als die Cape Bird Northern und Middle Rokeries bekannt sind.

Die Nordwest-Ecke der Nordgrenze des Gebietes ist etwa 100 m südlich von Cape Bird Hut entfernt, während sich die südliche Grenze über 700 m nördlich der Middle Rockery befindet. Die Nordgrenze verläuft allmählich aufsteigend in Richtung Osten und fügt sich an ein Endmoränengebiet bei Cape Bird Ice Cap an. Diese Kante verbindet sich im südöstlichen Verlauf mit dem Gletscherrand. Die südliche Grenze bildet eine gerade Linie bis sie die südliche Flanke von New College Valley kreuzt. Die Grenzen werden jeweils durch Steinhäufen markiert. Die Westgrenze folgt dem Gipfel der Küstenklippen von Caughley Beach auf einer Strecke von 650 m.

e) Nummer 19 wird wie folgt gefasst:

„19. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 119

Davis Valley und Forlidas Pond, Dufek Massif  
82°27' S, 51°05' W und 82°27'28" S, 51°16'48" W  
Vormals „Besonderes Schutzgebiet Nr. 23“

Zum etwa 57,2 km<sup>2</sup> großen Gebiet gehört das gesamte Davis Valley, die direkt daran angrenzenden kleinen eisfreien Täler sowie kleinere Teiche, die sich entlang des Eisrandes an der nördlichen Ecke des Davis Valley befinden, das nicht weit entfernt östlich von Forlidas Pond liegt. Forlidas Pond hat einen Durchmesser von ca. 100 m und liegt in der Nähe des östlichen Endes des Dufek Massifs in einem kleinen namenlosen Trockental ca. 1 km östlich der nördlichen Ecke von Forlidas Ridge und ca. 1 km nordwestlich des Davis Valley. Das namenlose Trockental ist vom Davis Valley durch eine nordöstlich verlaufende Hügelkette getrennt, die mehrere Kilometer lang ist.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

f) Nummer 20 wird wie folgt gefasst:

„20. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 120

Pointe Géologie Archipelago, Terre Adélie  
66°39'30" S – 66°40'30" S und 140°00' E –  
140°02' E

Vormals „Besonderes Schutzgebiet Nr. 24“

Zum Schutzgebiet gehören Jean Rostand Island, Le Mauguen (vormals Alexis Carrel) Island, Lamarck Island und Claude Bernard Island sowie der Bon Docteur Nunatak und eine Brutkolonie des Kaiserpinguins inmitten des Pointe Géologie Archipelago im Küstengebiet von Adélie Land in

der Nähe des Astrolabe Glacier.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

g) Nummer 27 wird wie folgt gefasst:

„27. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 127

Haswell Island, Ost-Antarktis  
66°31' S, 93°00' E

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 7“

Das Gebiet besteht aus Haswell Island mit einer Fläche von ca. 1 km<sup>2</sup>, der größten aus einer Gruppe von Inseln, die in der Nähe der Mirny Station liegen, zusammen mit dem Litoral und einem Gebiet mit zeitweiser Eisbedeckung.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

h) Nummer 31 wird wie folgt gefasst:

„31. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 131

Canada Glacier, Lake Fryxell, Taylor Valley, Victoria  
Land  
77°37' S, 163°03' E

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 12“

Canada Glacier liegt im unteren Taylor Valley im südlichen Victoria Land. Der gekennzeichnete Bereich umfasst eine Fläche von 1 km<sup>2</sup> und liegt zwischen den Ausläufern des Canada Glacier und der Küstenlinie des Lake Fryxell, die die Südgrenze bildet. Die Küstenlinie erstreckt sich nordöstlich über 1 km zum Canada Glacier. Diese Linie verläuft bis zu einer schmalen Halbinsel, die in den Lake Fryxell ragt, und bildet die nordöstliche Grenze des Gebietes. Eine Moränenkante von der südöstlichen Ecke verläuft nordwärts und bildet die Grenze im Osten. Ein Steinhügel stellt die Kante des Südosteckpunktes auf 450 m dar.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

i) Nummer 32 wird wie folgt gefasst:

„32. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 132

Potter Peninsula, King George Island, South  
Shetland Islands  
62°15' S, 58°39' W

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 13“

Das Gebiet befindet sich auf der Ostseite der Maxwell Bay, südwestlich von King George Island zwischen Mirounga Point und der Ostseite von Stranger Point nahe der argentinischen Station Jubany. Es umfasst den Küstenbereich mit einer veränderlichen Breite bis zu 500 m vom Ufer (Niedrigwasserlinie) und steigt bis zu einer Höhe von ca. 70 m bei Stranger Point an.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

j) Nummer 33 wird wie folgt gefasst:

„33. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 133

Harmony Point, Westküste von Nelson Island,  
South Shetland Islands

62°18' S, 59°14' W

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 14“

Das etwa 4 km<sup>2</sup> große Schutzgebiet befindet sich an der Nordwestküste von Nelson Island zwischen King George Island im Nordosten und Robert Island im Südwesten. Zum Gebiet gehören Harmony Point und der Toe, das angrenzende eisfreie Land und die Gezeitenzone innerhalb des auf den Karten des Verwaltungsplans abgebildeten Rechtecks.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

k) Nummer 34 wird wie folgt gefasst:

„34. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 134

Cierva Point und der Küste vorgelagerte Inseln,  
Danco Coast, Antarktische Halbinsel

64°09'23" S, 60°57'17" W

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 15“

Cierva Point liegt im Nordwesten der Halbinsel auf der Südseite von Cierva Cove am Nordende der Hughes Bay zwischen den Danco und Palmer Coasts nordwestlich der antarktischen Halbinsel. Zum Gebiet gehören eisfreie Flächen zwischen der südwestlichen Küste von Cierva Cove und der nordöstlichen Küste von Santucci Cove. Eingeschlossen sind die Sterneck- und die Midas Islands sowie die Miss- und Penguin Islands südwestlich von Cierva Point. Obwohl die Gezeitenzone der genannten Bereiche zum Gebiet gehört, ist die küstennahe Meeresumwelt nicht einbezogen. Die argentinische Primavera-Station mit allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen sowie dem Strandbereich und dem Zugang zur Station sind vom Schutzgebiet ausgeschlossen.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

l) Nummer 36 wird wie folgt gefasst:

„36. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 136

Clark Peninsula, Budd Coast, Wilkes Land

66°15' S, 110°36' E

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 17“

Die Clark Peninsula umfasst 9,75 km<sup>2</sup> und befindet sich auf der Nordseite der Newcomb Bay am Ostende von Vincennes Bay, gegenüber den Windmill Islands an der Budd Coast. Das Gebiet

umfasst das gesamte Land auf der Clark Peninsula innerhalb der südlichen Begrenzungslinie, die die Ostseite von Powell Cove mit der trigonometrischen Station G7 und einem Punkt südöstlich auf den Løken-Moränen verbindet. Die westliche Begrenzung verläuft von der äußersten östlichen Grenze der Løken-Moränen bis zur Küste. Die Gebietsgrenzen werden durch auffällige Markierungen angezeigt.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

m) Nummer 40 wird wie folgt gefasst:

„40. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 140

Stätten von besonderer botanischer Bedeutung auf Deception Island, South Shetland Islands

62°57' S, 60°38' W

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 21“

Das Gebiet umfasst elf Teilgebiete auf Deception Island, die von A bis L (ohne I) im Uhrzeigersinn am südwestlichen Ende der Caldera, beginnend jeweils nach dem markantesten geographischen Punkt, benannt sind:

Gebiet A – Collins Point

Das Gebiet umfasst die Nordhänge vom Collins Point etwa 1,2 km Richtung Osten bis zu einem namenlosen Punkt, direkt gegenüber von Fildes Point. Es erstreckt sich vom Strand bis zum Berggrat von der Küstenlinie aus 0,5 bis 1 km landeinwärts.

Gebiet B – Crater Lake

Das Gebiet erstreckt sich vom Fuß des nördlichen Hanges des Broad Valleys ca. 300 m südlich der Südseite des Sees, über den Kratersee bis 50 m davon entfernt in östliche und westliche Richtung. Das eigentliche Gebiet von hohem botanischem Wert liegt auf einer mit Schlacke bedeckten Lavazunge in südöstlicher Richtung über dem See.

Gebiet C – Namenloser Hügel am Süden der Fumarole Bay

Das Gebiet befindet sich am südlichen Ende von Fumarole Bay. Es bildet eine lang gestreckte, rechteckige Fumarolenkette auf dem unbenannten Hügel oberhalb der Nordwestseite der ebenfalls namenlosen Gezeitenzone nordwestlich von Deception Station (Argentinien). Das Gelände erstreckt sich entlang des Gebirgskamms, beginnend 10 m nordwestlich des Grenzgipfels bis in 5 m Abständen zu den äußeren Fumarolen.

Gebiet D – Fumarole Bay

Das Gebiet erstreckt sich vom südöstlichen Ende des Stonethrow Ridge bis hin zum Gefälleknick des Strandes westlich der Mitte von Fumarole Bay. Die östliche Grenze bildet Fumarole Bay, diese verläuft ca. 1 km in Richtung Norden. Die nördliche Grenze markieren Lavafelsen, von da an verläuft die Grenze in Richtung Westen bis zum Fuß der Stonethrow Ridge Klippen. Die Westgrenze entspricht der 75 m Höhenlinie. Das Gebiet hat eine

komplexe Geologie und beherbergt eine vielfältige Flora, einschließlich mehrerer sehr seltener antarktischer Arten.

#### Gebiet E – West Stonethrow Ridge

Das Gebiet befindet sich westlich von Stonethrow Ridge und umfasst eine Fläche von etwa 400 m<sup>2</sup>. In der Fläche ist ein roter Schlacke-Kegel auf 270 m Höhe eingeschlossen, ca. 600 m südwestlich vom höchsten Punkt des Stonethrow Ridge (330 m) und westlich von der Mitte der Fumarole Bay. Es umfasst zwei Fumarolen-Teilgebiete. Die Grenze erstreckt sich bis auf 5 m Entfernung zu allen nachweisbaren geothermalen Aktivitäten.

#### Gebiet F – Telefon Bay

Telefon Bay erstreckt sich vom nördlichen Strand der Lagune an der südwestlichen Telefon Bay bis südlich des New Island Hill, in Richtung Norden bis zum nördlichen Küstenende des großen namenlosen Süßwassersees. Der Zugang vom Meer in Port Foster zum großen See ist durch eine 50 m lange und kaum 2 m hohe und 2 m breite Landenge getrennt. Dieser Zugang ist durch mechanische Einwirkungen wie z. B. durch das Betreten von Menschen hoch erosionsgefährdet.

Ungefähr 5 km nördlich der Stancomb Cove im Südwesten von Telefon Bay gibt es einen kleinen flachen See, während am nördlichen Ende der Ebene ein großer tiefer See liegt. Die nordwestlichen Ufer beider Seen stellen gleichzeitig die Westgrenze des Areals samt des dazwischen liegenden flachen Gebietes dar.

#### Gebiet G – Pendulum Cove

Das Gebiet befindet sich östlich von Crimson Hill und ca. 0,5 bis 0,8 km südöstlich von Pendulum Cove, es erstreckt sich von West nach Ost ca. 50–100 m über N. N. und ist ca. 500 m breit. In das Gebiet ist ein wellenförmiges Plateau mit einer Fläche von ca. 0,25 km<sup>2</sup> eingeschlossen. Das Gelände ist sehr uneben, leicht abfallend und besteht aus grobkörnigen grauen und purpurnen Schlacken und gelblichen Tuffsteinblöcken, die von zurückgehenden Gletschern überzogen werden.

#### Gebiet H – Mt. Pond

Das Gebiet erstreckt sich ca. 150 × 50 m auf dem oberen Teil eines Felsgrates bei ca. 485–500 m Höhe über N. N. Es liegt ca. 1,25–1,5 km nordwestlich des Gipfels des Mt. Pond. Am nördlichen Ende des Gebietes gibt es auf niedrigen Hügeln zahlreiche unscheinbare Fumarolenöffnungen. Der höhere, südliche Teil des Gebietes liegt 512 m hoch nahe einer riesigen Raueiskuppe. In deren Windschatten existieren auf einer steilen, feuchten, geschützten Böschung zahlreiche aktive Fumarole. An einigen Stellen bewachsen Bryophyten das Gestein.

#### Gebiet J – Perchuc Cone

Das Gebiet umfasst den gesamten Asche- und Schlackekegel, den Perchuc Cone. Perchuc Cone befindet sich 0,5 km nordöstlich von Ronald Hill und besteht aus einer sehr engen Fumarolenkette. Das geothermale Gebiet umfasst eine Fläche von ca. 25 × 10 m.

#### Gebiet K – Ronald Hill bis Kroner Lake

Das Gebiet umfasst das unmittelbare kreisrunde Flachland des Kraters bis zur Südseite des Ronald Hill und erstreckt sich entlang der breiten flachen Rinne mit je einem flachen Damm auf beiden Seiten, die zum Kroner Lake führt. Geothermale Aktivitäten sind insbesondere an der Rinne sowie an der Lagune am Kroner Lake zu verzeichnen. Der Kroner Lake ist ein kleiner, flacher, kreisrunder, brackiger Kratersee und wurde in den 1980er Jahren vom Meer abgeschnitten.

#### Gebiet L – South East Point

Das Gebiet ist ein von Ost nach West verlaufender steiniger Felsgrat, etwa 0,5 km nördlich von South East Point gelegen. Es erstreckt sich von der Spitze der Meeresklippen (bei ca. 20 m Höhe über N. N.) ca. 250 m in Richtung Westen bis 30 m Höhe. Die nördliche Ecke des Felsgrates ist ein niedriger senkrechter Lavaausschluss, übergehend in einen steilen, instabilen Abhang bis hin zum Grund einer parallel zum Felsrücken verlaufenden Wasserrinne. Vom Lavaausschluss reicht das Gebiet jeweils 50 m nach Norden und Süden.

Das Schutzgebiet liegt innerhalb des Besonderen antarktischen Verwaltungsgebiets Nr. 4.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

#### n) Nummer 45 wird wie folgt gefasst:

„45. Besonderes antarktisches Schutzgebiet Nr. 145

Port Foster, Deception Island, South Shetland Islands

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 27“

Das Gebiet umfasst zwei kleine Teilgebiete des benthischen Habitats in Port Foster:

Benthisches Habitat A: Zwischen 50 und 150 m Tiefe und den Koordinaten: 62°55'30" S, 60°38'00" W und 62°56'12" S, 60°37'00" W.

Benthisches Habitat B: Zwischen 100 und 500 m Tiefe und den Koordinaten: 62°57'12" S, 60°37'20" W und 62°57'50" S, 60°36'20" W.

Das Schutzgebiet liegt innerhalb des Besonderen antarktischen Verwaltungsgebiets Nr. 4.

Zeitpunkt des Erlöschens der Bezeichnung: 17. Juni 2007.“

#### o) Nummer 49 wird wie folgt gefasst:

„49. Besonderes antarktisches Schutzgebiet Nr. 149

Cape Shirreff, Livingston Island, South Shetland Islands

62°27'30" S, 60°47'17" W

Vormals „Stätte von besonderem wissenschaftlichem Interesse Nr. 32“

Cape Shirreff, eine flache, eisfreie Halbinsel, liegt gegenüber dem westlichen Ende der Nordküste von Livingston Island zwischen der Barclay Bay und der Hero Bay. San Telmo Island ist die größte



einer kleinen Gruppe von eisfreien Felseninseln, ca. 2 km westlich von Cape Shirreff. Das etwa 9,7 km<sup>2</sup> große Gebiet umfasst den gesamten Bereich der Cape Shirreff Peninsula nördlich des Gletschereisrandes, den größten Teil der San-Telmo-Inselgruppe und die dazwischen liegenden Meeresbereiche. Die Gebietsgrenze verläuft von der San-Telmo-Inselgruppe zum Südteil von Mercury Bluff und schließt die angrenzenden Teile des Eisschildes von Livingston Island ein. Ebenso eingeschlossen ist die Historische Stätte Nr. 59.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

p) Nummer 55 wird wie folgt gefasst:

„55. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 155

Cape Evans, Ross Island

Die Grenzen des Gebietes lauten wie folgt:

- im Süden: eine Linie, die sich östlich des Punktes 77°38'15" S, 166°25'09" E bis 20 m südlich des Kreuzes auf dem Wind Vane Hill erstreckt;
- im Südwesten: eine Linie vom oben genannten Referenzpunkt in nordwestlicher Richtung bis zur Küstenlinie am Punkt 77°38'11" S, 166°24'49" E;
- im Nordwesten: die Küstenlinie des Home Beach;
- im Nordosten: eine Linie vom Abfluss des Skua Lake bis zum Home Beach bei 77°38'05" S, 166°25'13" E;
- im Osten: eine Linie vom westlichen Rand des Skua Lake bei 77°38'06" S, 166°25'36" E in südlicher Richtung zum Punkt 77°38'15" S, 166°25'36" E.

Vormals „Besonderes Schutzgebiet Nr. 25“

Cape Evans ist ein kleines (ca. 4,8 ha) dreieckiges eisfreies Gebiet im Südwesten von Ross Island, 10 km südlich von Cape Royds und 22 km nördlich von Hut Point Peninsula auf Ross Island. Der eisfreie Bereich hat einen mit Geröll bedeckten Basaltuntergrund. Das bezeichnete Gebiet liegt am nordwestlichen Ufer von Cape Evans am Home Beach. Ein wesentliches Merkmal des Gebietes ist Scott's Terra Nova Hut im Bereich des Home Beach am nordwestlichen Ufer von Cape Evans. Die Hütte ist von zahlreichen historischen Relikten umgeben.

Das Schutzgebiet schließt die Historischen Stätten Nr. 16 und 17 ein.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

q) Nach Nummer 62 wird folgende Nummer 63 angefügt:

„63. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 163

Dakshin Gangotri Glacier, Dronning Maud Land

11°33'30" E bis 11°36'30" E und 70°44'10" S bis 70°45'30" S

Der Dakshin Gangotri Glacier stellt eine schmale Zunge des polaren kontinentalen Eisschildes dar, welches die Schirmacher-Oase im zentralen Dronning Maud Land überdeckt. Er wurde während der zweiten indischen Antarktis-Expedition im Jahre 1983 benannt und wird seitdem kontinuierlich beobachtet. Die Schirmacher-Oase ist eine etwa 17 km lange und 0,7 bis 3,3 km breite, in Ost-West-Richtung verlaufende (zwischen 11°22'40" E und 11°54'20" E und 70°43'50" S und 70°46'40" S) felsige Hügellandschaft. Ihre Höhe variiert zwischen Null und 228 m über dem Meeresspiegel und sie ist Teil des zentralen Dronning Maud Land in der Ost-Antarktis. Das etwa 4,53 km<sup>2</sup> große Gebiet ist wiederum Teil des westlichen Teils der Schirmacher-Oase. Sowohl im Nordwesten als auch im Nordosten wird das Gebiet durch Schelfeis begrenzt, während sich die südwestlichsten Ausläufer auf der polaren Eiskappe befinden. Im eisfreien südwestlichen Ende des Gebietes ragt Fels aus den Gletschermassen.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

r) Nach Nummer 63 wird folgende Nummer 64 angefügt:

„64. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 164

Scullin und Murray Monolithen, Mac. Robertson Land, Ost-Antarktis

67°47' S, 66°42' E und 67°47' S, 66°53' E

Die Monolithen Scullin (67°47' S, 66°42' E) und Murray (67°47' S, 66°53' E) befinden sich an der Küste von Mac. Robertson Land ungefähr 160 km östlich der Station Mawson am Rande des kontinentalen Eisschildes. Sie liegen ungefähr 7 km auseinander und werden durch das Meer voneinander getrennt. Die Küstenlinie besteht im Westen und Osten sowie zwischen den Monolithen aus 30 bis 40 m hohen Eisklippen; von dort steigt das antarktische Plateau steil Richtung Süden an. Mawson benannte beide Monolithen während der zweiten Reise der „Banzare“. Das Gebiet beherbergt die größte Konzentration von Seevogelkolonien der ganzen Ost-Antarktis, so auch die zweitgrößte Brutkolonie des Weißflügel-Sturmvogels (*Thalassoica antarctica*).

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

s) Nach Nummer 64 wird folgende Nummer 65 angefügt:

„65. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 165

Edmonson Point

74°20' S, 165°08' E

Das Gebiet liegt an der Wood Bay, Ross Sea und am östlichen Fuße des Mt. Melbourne (2 732 m). Die Gesamtfläche des Schutzgebietes einschließlich der eisbedeckten und marinen Flächen umfasst 5,49 km<sup>2</sup>. Die eisfreien Gebiete sind die kleine Halbinsel Edmonson Point, ein eisfreier Küstenbereich von 1,79 km<sup>2</sup> sowie Immolito Hills

(1,12 km<sup>2</sup>) ungefähr 1,5 km nordwestlich von Edmonson Point gelegen. Die zwischen den eisfreien Bereichen liegende Meeresküstenumwelt der Siena Bay (2,58 km<sup>2</sup>) ist im Schutzgebiet eingeschlossen und bildet gleichzeitig die natürliche Grenze im Osten. Östlich und am Fuße des Mt. Melbourne herrschen dauerhafte Eisflächen vor. Die Gletscherrandlage des Mt. Melbourne markiert die Grenzen im Westen, Norden und Süden des Gebietes.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

- t) Nach Nummer 65 wird folgende Nummer 66 angefügt:

„66. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 166

Port-Martin, Terre-Adélie

66°49' S, 141°23' E

Das Gebiet umfasst den historischen Gebäudekomplex der Port Martin Station, der auch als Historische Stätte und Denkmäler Nr. 46 ausgewiesen ist. Die Koordinaten entsprechen denen des Markierungspunktes „Astrolabe Pillar“, welcher auf der linken Seite der Schutzhütten steht. Das Gebiet schließt die Fläche innerhalb des auf den Karten des Verwaltungsplans eingezeichneten Polygons sowie ein 200 m breites Band vom Sphinx Mountain zum Bold Mountain parallel zur Küstenlinie ein.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

- u) Nach Nummer 66 wird folgende Nummer 67 angefügt:

„67. Besonderes antarktisches Schutzgebiet  
Nr. 167

Hawker Island, Vestfold Hills, Ingrid Christensen Coast, Princess Elizabeth Land, Ost-Antarktis

68°35' S, 77°50' E

Hawker Island befindet sich ca. 300 m vom ostantarktischen Festland entfernt vor der Küste der Vestfold Hills an der Ingrid Christensen Coast, Prinzessin Elizabeth Land. Die Insel liegt im Südwesten zwischen Mule Island und Mule Peninsula. Die Insel ist ungleichmäßig geformt mit geringen Höhenunterschieden (maximale Erhebung 40 m). Die maximale Nord-Süd-Ausdehnung der Hawker Island beträgt 2 km, die West-Ost-Ausdehnung beträgt 1,7 km. Die gesamte Insel umfasst eine Fläche von 1,9 km<sup>2</sup>. Auf der Insel existiert die südlichste Brutkolonie des Riesensturmvogels (*Macronectes giganteus*).

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

- v) In den Ziffern 25, 27, 44, 46, 50 (Besondere antarktische Schutzgebiete Nr. 125, 127, 144, 146, 150) wird die Angabe

„Zeitpunkt des Erlöschens der Bezeichnung:  
31. Dezember 2005.“

jeweils ersetzt durch die Angabe

„Zeitpunkt des Erlöschens der Bezeichnung:  
31. Dezember 2010.“

2. Anhang 2 (zu § 1 Nr. 2) wird wie folgt geändert:

- a) Die Angabe „Nummer 63“ wird durch die Angabe „Nummer 1“ ersetzt und wie folgt gefasst:

„1. Besonderes antarktisches Verwaltungsgebiet  
Nr. 1

Admiralty Bay, King George Island (South Shetland Islands)

62°01'21" S – 62°14'09" S, 58°15'05" W –  
58°41'02" W

Das besonders verwaltete Gebiet an der Admiralty Bay umfasst den unmittelbar innerhalb des glazialen Einzugsgebietes der Admiralty Bay liegenden Bereich. Das Gebiet wird durch eine Linie begrenzt, die von Telefon Point im Süden nach The Tower und anschließend quer über die Eisscheide des Warszawa Ice Field in Richtung Jardine Peak, von dort entlang dieser Eisscheide westlich des Ezcurra Inlet, dann in nordöstlicher Richtung unter Einbeziehung des Mackellar Inlet und des Martel Inlet und von dort südwärts durch die Ternyck Needle nach Cape Syrezol an der Ostküste der Admiralty Bay führt. Die Gewässer der Admiralty Bay und ein kleiner Teil der Bransfield Strait nördlich einer geraden Linie zwischen Cape Syrezol und Telefon Point gehören ebenfalls zum Besonderen antarktischen Verwaltungsgebiet. Die Gesamtfläche des Besonderen antarktischen Verwaltungsgebietes beträgt ca. 360 km<sup>2</sup>, darunter 138 km<sup>2</sup> Wasserfläche der Admiralty Bay und 7 km<sup>2</sup> der angrenzenden Bransfield Strait.

Das Verwaltungsgebiet schließt einen Teil des Besonderen antarktischen Schutzgebietes Nr. 128 sowie das Historische Denkmal Nr. 51 ein.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

- b) Die Angabe „Nummer 64“ wird durch die Angabe „Nummer 2“ ersetzt und wie folgt gefasst:

„2. Besonderes antarktisches Verwaltungsgebiet  
Nr. 2

McMurdo Dry Valleys, Southern Victoria Land

Ungefähr 77° S, 162° E

Die McMurdo Dry Valleys befinden sich im südlichen Teil von Victoria Land entlang der Westküste von McMurdo Sound, südliche Ross Sea. Die Gebietsgrenzen sind hauptsächlich bestimmt durch Niederschlagsgebiete in den Trockentälern. Das Gebiet schließt sämtliche eisfreien Stellen samt den angrenzenden Bereichen innerhalb der Niederschlagsgebiete, den gesamten Bereich der Convoy Range sowie das Niederschlagsgebiet Alph River ein. Ausgehend von der nordwestlichen Ecke verläuft die Gebietsgrenze gegen den Uhrzeigersinn entlang der folgenden Stellen: Nordwestspitze von Allan Nunatak (76°43' S, 159°40' E), Carapace Nunatak (76°53' S, 159°24' E), Mount DeWitt (77°12' S, 159°50' E), Westrand des

Horseshoe Mountain (77°34' S, 159°57' E), Depot Nunatak (77°45' S, 160°04' E), dem südlichsten Gipfel der Lashly Mountains (77°58'38" S, 159°33'37" E), Mount Kempe (78°19' S, 162°43' E), The Pyramide (78°21' S, 163°30' E), Ostseite der Heald Island (78°15' S, 163°49' E), DeMaster Point (vor dem östlichen Ende des Marshall Valley, 78°04'45" S, 164°24'47" E), in nördlicher Richtung entlang dem mittleren Wasserstand bei Ebbe bis zur Ostseite von Tripp Island (76°38' S, 162°42' E), Südrand des Fry Glacier (76°37' S, 162°18' E) und wieder zum Ausgangspunkt, der Nordwestspitze von Allan Nunatak. Das Gebiet hat eine Gesamtgröße von ca. 15 000 km<sup>2</sup>.

Das Verwaltungsgebiet schließt die Besonderen antarktischen Schutzgebiete Nr. 123, 131, 138 und 154 ein.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

- c) Die Angabe „Nummer 65“ wird durch die Angabe „Nummer 3“ ersetzt und wie folgt gefasst:

„3. Besonderes antarktisches Verwaltungsgebiet Nr. 3

Cape Denison, Commonwealth Bay, George V Land, Ost-Antarktis

67°00'13" S – 67°00'50" S, 142°40'00" E – 142°41'27" E

Die Gebietsgrenze verläuft von Land's End (67°00'46" S, 142°39'24" E) im Westen entlang der Küstenlinie bis zur nördlichen Spitze der Westküste von Boat Harbour, der sich an der Westseite von Cape Denison befindet. Von dort läuft sie weiter über die Mündung des Hafens entlang einer geraden, nordöstlich verlaufenden Diagonale bis zur Nordspitze von Penguin Knob (67°00'17" S, 142°39'31" E) am östlichen Ufer des Hafens und weiter entlang der Küstenlinie in südöstlicher Richtung bis zu John O'Groats (67°00'47" S, 142°41'27" E). Die südliche Grenze verläuft entlang einer geraden Linie auf dem Breitengrad 67°00'47" S von Land's End zu John O'Groats. Im Norden gehört – mit Ausnahme des Bereichs der Hafensmündung – das Land oberhalb des Wasserstandes bei Ebbe zum Gebiet.

Das Verwaltungsgebiet ist gleichzeitig als Historische Stätte Nr. 77 ausgewiesen und schließt das Besondere antarktische Schutzgebiet Nr. 162 ein.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

- d) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt:

„4. Besonderes antarktisches Verwaltungsgebiet Nr. 4

Deception Island, South Shetland Islands

62°57' S, 60°38' W

Deception Island ist eine einzigartige antarktische Insel, sie besitzt bedeutende natürliche, historische, wissenschaftliche und ästhetische Werte, ist

zudem wichtig für Erziehung und Bildung und zeichnet sich dennoch durch Unberührtheit aus.

Die Insel beherbergt einen der zwei Vulkane der Antarktis, bei dem bis heute Eruptionen beobachtet werden können. Er enthält eine ruhelose Caldera, die sich ständig verformt. Daher ist es wahrscheinlich, dass es auf Deception Island auch in Zukunft zu Vulkanausbrüchen kommen wird. Das Gebiet verfügt über eine außergewöhnlich bedeutende Flora mit mindestens 18 verschiedenen Pflanzenarten, die nirgendwo sonst in der Antarktis vorkommen (Endemiten). Von besonderer Bedeutung sind sowohl die sehr kleinen, einzigartigen Organismengemeinschaften, die an die geothermalen Bereiche der Insel gebunden sind, als auch die ausgedehnten Vorkommen einer Blütenpflanze namens Antarktische Perlwurz (*Colobanthus quitensis*). Auf der Insel findet man weiterhin acht dort brütende Seevogelarten, darunter die weltweit größte Kolonie des Zügelpinguins (*Pygoscelis antarctica*). Die benthischen Habitate vor Port Forster sind wegen ihrer durch die vulkanischen Aktivitäten verursachten natürlichen Störungen von besonderem ökologischem Interesse.

Der Verwaltungsplan für das ASMA Nr. 4 ist Teil eines auf Deception Island abgestimmten Managementpakets. Ziel dieses Pakets ist der Schutz und die Erhaltung der einzigartigen Natur und Umwelt von Deception Island bei gleichzeitigem Erhalt der miteinander konkurrierenden, unterschiedlichen (Nutzungs-)Anforderungen wie Tourismus, Wissenschaft sowie der Schutz der natürlichen und kulturhistorischen Werte, die in Einklang gebracht und besser aufeinander abgestimmt werden sollen. Zudem soll das Managementkonzept dem verbesserten Schutz der auf der Insel arbeitenden Menschen und der Besucher dienen.

Das Verwaltungsgebiet schließt die Besonderen antarktischen Schutzgebiete Nr. 140 und 145 sowie die Historischen Stätten Nr. 72 und 76 ein.

Die Bezeichnung des Gebietes erfolgt auf unbestimmte Zeit.“

3. Anhang 3 (zu § 1 Nr. 3) wird wie folgt geändert:

- a) Nach Nummer 78 wird folgende Nummer 79 angefügt:

„79. Lillie Marleen Hut, Mt. Dockery, Everett Range, Northern Victoria Land (71°12' S, 164°31' E). Die Lillie-Marleen-Hütte wurde als Stützpunkt für die German Antarctic Northern Victoria Land Expedition (GANOVEX I) 1979/1980 errichtet. Die Hütte, ein biwakartiger Container, benannt nach dem Lillie Glacier und dem Lied „Lillie Marleen“, besteht aus Fieberglas-Fertigteilen, die mit Polyurethan ausgeschäumt sind. Die Hütte ist eng verknüpft mit dem dramatischen Untergang des Expeditionsschiffes „Gotland II“ während der Expedition GANOVEX II im Dezember 1981.“

- b) Nach Nummer 79 wird folgende Nummer 80 angefügt:



„80. Amundsen's Tent (in der Nähe von 90° S). Das Zelt wurde bei 90° S von einer norwegischen Expeditionsgruppe unter der Führung von Roald Amundsen bei ihrer Ankunft am Südpol am 14. Dezember 1911 errichtet. Das Zelt befindet sich in der Nähe des Südpols und ist gegenwärtig unter Schnee und Eis begraben.“

c) Nach Nummer 80 wird folgende Nummer 81 angefügt:

„81. Rocher du Débarquement, Terre Adélie (66°36'18" S, 140°03'51" E). Rocher du Débarquement ist eine kleine Insel, auf der Admiral Dumont D'Urville und seine Crew am

21. Januar 1840 landeten, als er Terre Adélie entdeckte.“

## **Artikel 2**

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Die Verordnung tritt hinsichtlich der aufgeführten besonderen antarktischen Schutzgebiete außer Kraft, wenn die jeweiligen Empfehlungen außer Kraft treten.

(3) Der Zeitpunkt des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Bonn, den 23. Mai 2007

Der Bundesminister  
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Sigmar Gabriel

**Erste Verordnung**  
**zur Bestimmung eines Gebietes als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet**  
**im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande**  
**zur Vermeidung der Doppelbesteuerung**  
**auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**  
**sowie verschiedener sonstiger Steuern**  
**und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete**

**Vom 25. Mai 2007**

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2004 zu dem Dritten Zusatzprotokoll vom 4. Juni 2004 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete (BGBl. 2004 II S. 1653) verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

**Artikel 1**

Die durch Notenwechsel vom 26. Juli/11. August 2006 geschlossene Vereinbarung über die Bestimmung des Gewerbegebietes „Avantis“, gelegen nahe des Grenzübergangs der Autobahn E 314 und des „Knooppunt Bocholtz“ an der gemeinsamen Stadtgrenze der Städte Aachen (Bundesrepublik Deutschland) und Heerlen (Königreich der Niederlande), zu einem grenzüberschreitenden Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete (BGBl. 1960 II S. 1781) in der durch das Zusatzprotokoll vom 13. März 1980 (BGBl. 1980 II S. 1150), das Zweite Zusatzprotokoll vom 21. Mai 1991 (BGBl. 1991 II S. 1428) und das Dritte Zusatzprotokoll vom 4. Juni 2004 (BGBl. 2004 II S. 1653) geänderten Fassung wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Notenwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung außer Kraft tritt.
- (3) Der Tag, an dem die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung in Kraft oder außer Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

---

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 25. Mai 2007

Der Bundesminister der Finanzen  
Peer Steinbrück

Der Geschäftsträger ad interim  
der Bundesrepublik Deutschland

Den Haag, den 26. Juli 2006

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 1 des Dritten Zusatzprotokolls vom 4. Juni 2004 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete folgende Vereinbarung zur Bestimmung eines Gewerbegebiets im Sinne des neuen Artikels 2 Absatz 1 des Abkommens vorzuschlagen:

1. Das grenzüberschreitende Gewerbegebiet „Avantis“ liegt nahe des Grenzübergangs der Autobahn E 314 und des „Knooppunt Bocholtz“ an der gemeinsamen Stadtgrenze der Städte Aachen (Bundesrepublik Deutschland) und Heerlen (Königreich der Niederlande). Es wurde festgesetzt durch den Bebauungsplan Nr. 800 der Stadt Aachen vom 18. Juni 1997, bekannt gemacht am 12. März 1998, und den Bestimmungsplan der Gemeinde Heerlen vom 4. März 1997, genehmigt durch die Gedeputeerde Staten der Provincie Limburg am 14. Oktober 1997, bekannt gemacht am 26. Februar 2003. Die deutsch-niederländische Staatsgrenze ist zwischen den Grenzpfählen Nr. 211 und Nr. 216 die gemeinsame Verfahrensgrenze dieser beiden Rechtspläne. Das grenzüberschreitende Gewerbegebiet wird gegenüber der sie umgebenden freien Landschaft durch die Verfahrensgrenzen der beiden Bauleitpläne nach außen abgegrenzt.

Aufgrund des Vorstehenden wird das oben beschriebene Gewerbegebiet „Avantis“ zu einem grenzüberschreitenden Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 6 des Abkommens bestimmt.

2. Diese Bestimmung gilt für Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2005 beginnen.
3. Diese Vereinbarung bleibt so lange in Kraft wie das Abkommen, sofern sie nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann die Vereinbarung auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.
4. Diese Vereinbarung wird in deutscher und niederländischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich das Königreich der Niederlande mit den unter den Nummern 1 bis 4 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis des Königreichs der Niederlande zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Staaten bilden, die am ersten Tag des dritten Monats in Kraft tritt, nachdem die Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Berthold Johannes

Seiner Exzellenz  
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
des Königreichs der Niederlande  
Herrn Dr. Bernard Bot

Den Haag

De Tijdelijk Zaakgelastigde  
van de Bondsrepubliek Duitsland

Den Haag, 26 juli 2006

Mijnheer de Minister,

Ik heb de eer u namens de Bondsrepubliek Duitsland, gelet op artikel 1 van het Derde aanvullend protocol van 4 juni 2004 bij de Overeenkomst van 16 juni 1959 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden tot het vermijden van dubbele belasting op het gebied van belastingen van het inkomen en van het vermogen alsmede van verscheidene andere belastingen en tot het regelen van andere aangelegenheden op belastinggebied, de volgende overeenkomst voor de aanwijzing van een grensoverschrijdend bedrijventerrein in de zin van het nieuwe artikel 2, eerste lid, van de Overeenkomst voor te stellen:

1. Het grensoverschrijdende bedrijventerrein "Avantis" bevindt zich in de nabijheid van de grensovergang van de snelweg E 314 en het knooppunt "Bocholtz" op de gezamenlijke stadsgrens van de steden Aken (Bondsrepubliek Duitsland) en Heerlen (Koninkrijk der Nederlanden). Het terrein is vastgesteld door het bestemmingsplan nr. 800 van de stad Aken van 18 juni 1997, bekendgemaakt op 12 maart 1998, en het bestemmingsplan van de Gemeente Heerlen van 4 maart 1997, goedgekeurd door Gedeputeerde Staten van de Provincie Limburg op 14 oktober 1997, en bekend gemaakt op 26 februari 2003. De Nederlands-Duitse landsgrens vormt tussen de grenspalen nr. 211 en nr. 216 de gemeenschappelijke kadastrale grens tussen deze beide bestemmingsplannen. Het grensoverschrijdende bedrijventerrein is ten opzichte van het daar omheen liggende gebied naar buiten toe begrensd door de kadastrale grenzen van beide bestemmingsplannen.

Op grond van het vorenstaande wordt het bovenomschreven bedrijventerrein "Avantis" aangewezen als een grensoverschrijdend bedrijventerrein in de zin van artikel 2, eerste lid, onderdeel 6, van de Overeenkomst.

2. Deze aanwijzing geldt voor belastingjaren die op of na 1 januari 2005 aanvangen.
3. Deze overeenkomst blijft net zo lang van kracht als de Overeenkomst, tenzij deze overeenkomst door een Verdragsluitende Staat wordt opgezegd. Elke Verdragsluitende Staat kan, met inachtneming van een termijn van ten minste zes maanden, de overeenkomst langs diplomatieke weg tegen het einde van een kalenderjaar opzeggen.
4. Deze overeenkomst wordt gesloten in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Indien het Koninkrijk der Nederlanden verklaart in te stemmen met de onder de nummers 1 tot en met 4 gedane voorstellen, zullen deze brief en de antwoordbrief van uwe Excellentie, waarin de instemming van het Koninkrijk der Nederlanden tot uitdrukking wordt gebracht, een overeenkomst tussen onze beide landen vormen, die in werking treedt op de eerste dag van de derde maand nadat de laatste van de mededelingen is ontvangen waarin de verdragsluitende staten elkaar hebben meegedeeld dat aan de grondwettelijke voorwaarden voor de inwerkingtreding is voldaan.

Sta mij toe, mijnheer de Minister, u te verzekeren van mijn zeer bijzondere hoogachting.

Dr. Berthold Johannes

Zijner Excellentie  
De Minister van Buitenlandse Zaken  
van het Koninkrijk der Nederlanden  
Dr. Bernard Bot  
Den Haag

Minister van Buitenlandse Zaken

Den Haag, 11. August 2006

Herr Geschäftsträger,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 26. Juli 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass sich das Königreich der Niederlande mit den Vorschlägen der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Ihre Note und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland, die am ersten Tag des dritten Monats in Kraft tritt, nachdem die Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Bernard Bot

Herrn Berthold Johannes  
Seiner Exzellenz  
dem Geschäftsträger ad interim der  
Bundesrepublik Deutschland  
Den Haag

Minister van Buitenlandse Zaken

Den Haag, 11. augustus 2006

Excellentie,

Ik heb de eer de ontvangst te bevestigen van uw brief van 26 juli 2006, die als volgt luidt:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

Ik heb de eer u mede te delen dat het Koninkrijk der Nederlanden verklaart te kunnen instemmen met de voorstellen van de Bondsrepubliek Duitsland, en dat Uw brief en deze antwoordbrief een overeenkomst vormen die in werking treedt op de eerste dag van de derde maand nadat de laatste van de mededelingen is ontvangen waarin de verdragsluitende staten elkaar hebben meegedeeld dat aan de grondwettelijke voorwaarden voor de inwerkingtreding is voldaan.

Dr. B.R. Bot

Dr. Berthold Johannes  
Zijner Excellentie  
De Tijdelijk Zaakgelastigde van de  
Bondsrepubliek Duitsland  
Den Haag



**Bekanntmachung  
der Änderung der Anlage  
des Internationalen Übereinkommens von 1979  
über den Such- und Rettungsdienst auf See**

**Vom 13. Februar 2007**

Die Anlage zum Internationalen Übereinkommen vom 27. April 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See (BGBl. 1982 II S. 485), die durch Entschlieung des Schiffssicherheitsausschusses der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) vom 18. Mai 1998 (MSC.70(69)) (BGBl. 1999 II S. 1066) geändert worden ist, ist durch Entschlieung des Schiffssicherheitsausschusses der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) vom 20. Mai 2004 (MSC.155(78)) erneut geändert worden.

Diese Änderungen sind gemäß Artikel III Abs. 2 Buchstabe h des Übereinkommens für die Vertragsstaaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 2006 in Kraft getreten.

Die in der Entschlieung MSC.155(78) enthaltenen Änderungen des Übereinkommens werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Berlin, den 13. Februar 2007

Bundesministerium  
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Im Auftrag  
Felix Stenschke

Entschließung MSC.155(78)  
(angenommen am 20. Mai 2004)

Beschlussfassung über Änderungen  
des Internationalen Übereinkommens von 1979  
über den Such- und Rettungsdienst auf See  
in seiner geänderten Fassung

Resolution MSC.155(78)  
(adopted on 20 May 2004)

Adoption of amendments  
to the International Convention on  
Maritime Search and Rescue, 1979,  
as amended

Résolution MSC.155(78)  
(adoptée le 20 mai 2004)

Adoption d'amendements  
à la Convention internationale de 1979  
sur la recherche et le sauvetage maritimes,  
telle que modifiée

(Übersetzung)

The Maritime Safety Committee,

recalling Article 28(b) of the Convention on the International Maritime Organization concerning the functions of the Committee,

recalling further article III(2)(c) of the International Convention on Maritime Search and Rescue (SAR), 1979 (hereinafter referred to as "the Convention"), concerning the procedures for amending the Annex to the Convention, other than the provisions of paragraphs 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 or 3.1.3 thereof,

noting resolution A.920(22) entitled "Review of safety measures and procedures for the treatment of persons rescued at sea",

recalling also the provisions of the Convention relating to the provision of assistance to any person in distress at sea regardless of the nationality or status of such person or the circumstances in which that person is found,

noting also article 98 of the United Nations Convention on the Law of the Sea, 1982, regarding the duty to render assistance,

noting further the initiative taken by the Secretary-General to involve competent United Nations specialized agencies and programmes in the consideration of the issues addressed in this resolution, for the purpose of agreeing on a common approach which will resolve them in an efficient and consistent manner,

Le Comité de la sécurité maritime,

rappelant l'article 28 b) de la Convention portant création de l'Organisation maritime internationale, qui a trait aux fonctions du Comité,

rappelant en outre l'article III 2) c) de la Convention internationale de 1979 sur la recherche et le sauvetage maritimes (ci-après dénommée «la Convention») concernant la procédure d'amendement de l'Annexe à la Convention, à l'exclusion des dispositions des paragraphes 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 et 3.1.3,

notant la résolution A.920(22) intitulée «Examen des mesures de sécurité et des procédures relatives au traitement des personnes secourues en mer»,

rappelant également les dispositions de la Convention relatives à la fourniture d'une assistance à toute personne en détresse en mer quels que soient sa nationalité ou son statut, ou les circonstances dans lesquelles elle est trouvée,

notant également l'article 98 de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer, 1982, relatif à l'obligation de prêter assistance,

notant en outre l'initiative prise par le Secrétaire général, visant à associer les institutions spécialisées et programmes compétents des Nations Unies à l'examen des questions visées dans la présente résolution afin de convenir d'une approche commune permettant de parvenir à une solution efficace et cohérente,

Der Schiffssicherheitsausschuss –

in Anbetracht des Artikels 28 Buchstabe b des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation betreffend die Aufgaben des Ausschusses;

ferner in Anbetracht des Artikels III Absatz 2 Buchstabe c des Internationalen Übereinkommens von 1979 über den Such- und Rettungsdienst auf See (SAR) (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) betreffend die Verfahren zur Änderung der Anlage mit Ausnahme ihrer Absätze 2.1.4, 2.1.5, 2.1.7, 2.1.10, 3.1.2 oder 3.1.3;

im Hinblick auf die Entschließung A.920(22) mit dem Titel „Überprüfung von Sicherheitsmaßnahmen und -verfahren für die Behandlung von auf See geretteten Personen“;

ebenso in Anbetracht der Bestimmungen des Übereinkommens betreffend die Hilfeleistung für jede in Seenot befindliche Person ohne Rücksichtnahme auf die Staatsangehörigkeit oder Rechtsstellung einer solchen Person oder die Umstände, unter denen sie aufgefunden wird;

ebenso im Hinblick auf Artikel 98 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 hinsichtlich der Pflicht zur Hilfeleistung;

ferner im Hinblick auf die Initiative des Generalsekretärs zur Beteiligung der zuständigen Sonderorganisationen und Programme der Vereinten Nationen an der Prüfung der in dieser Entschließung angesprochenen Fragen, um einen gemeinsamen Ansatz zu vereinbaren, der sie in effizienter Weise zusammenhängend einer Lösung zuführt;

realizing the need for clarification of existing procedures to guarantee that persons rescued at sea will be provided a place of safety regardless of their nationality, status or the circumstances in which they are found,

realizing further that the intent of paragraph 3.1.9 of the Annex to the Convention, as amended by this resolution, is to ensure that in every case a place of safety is provided within a reasonable time. It is further intended that the responsibility to provide a place of safety, or to ensure that a place of safety is provided, falls on the Party responsible for the SAR region in which the survivors were recovered,

having considered, at its seventy-eighth session, amendments to the Convention proposed and circulated in accordance with article III(2)(a) thereof,

1. adopts, in accordance with article III(2)(c) of the Convention, amendments to the Convention, the text of which is set out in the Annex to the present resolution;
2. determines, in accordance with article III(2)(f) of the Convention, that the amendments shall be deemed to have been accepted on 1 January 2006 unless, prior to that date, more than one third of the Parties, have notified their objections to the amendments;
3. invites Parties to the Convention to note that, in accordance with article III(2)(h) of the Convention, the amendments shall enter into force on 1 July 2006 upon their acceptance in accordance with paragraph 2 above;
4. requests the Secretary-General, in conformity with article III(2)(d) of the Convention, to transmit certified copies of the present resolution and the text of the amendments contained in the Annex to all Parties to the Convention;
5. further requests the Secretary-General to transmit copies of this resolution and its Annex to Members of the Organization, which are not Parties to the Convention;
6. requests also the Secretary-General to take appropriate action in further pursuing his inter-agency initiative informing the Maritime Safety Committee of developments, in particular, with respect to procedures to assist in the provision of places of safety for persons in distress at sea, for action as the Committee may deem appropriate.

reconnaissant qu'il est nécessaire de clarifier les procédures actuelles afin de garantir qu'un lieu sûr sera offert aux personnes secourues en mer, quels que soient leur nationalité ou leur statut ou les circonstances dans lesquelles elles sont trouvées,

reconnaissant par ailleurs que l'objet du paragraphe 3.1.9 de l'Annexe de la Convention, telle que modifiée par la présente résolution, est de garantir que dans tous les cas, un lieu sûr sera fourni dans un délai raisonnable et d'imposer, par ailleurs, à la Partie responsable de la région de recherche et de sauvetage dans laquelle les survivants ont été secourus, la responsabilité de fournir un lieu sûr, ou de veiller à ce qu'un lieu sûr soit fourni,

ayant examiné, à sa soixante-dix-huitième session, les amendements à la Convention qui avaient été proposés et diffusés conformément à l'article III 2) a) de ladite convention,

1. adopte, conformément à l'article III 2) c) de la Convention, les amendements à la Convention dont le texte figure en annexe à la présente résolution;
2. décide, conformément à l'article III 2) f) de la Convention, que ces amendements seront réputés avoir été acceptés le 1<sup>er</sup> janvier 2006 à moins que, avant cette date, plus d'un tiers des Parties n'aient notifié qu'elles élèvent une objection contre ces amendements;
3. invite les Parties à la Convention à noter que, conformément à l'article III 2) h) de la Convention, les amendements entreront en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2006 lorsqu'ils auront été acceptés dans les conditions prévues au paragraphe 2 ci-dessus;
4. prie le Secrétaire général, conformément à l'article III 2) d) de la Convention, de communiquer des copies certifiées conformes de la présente résolution et du texte des amendements joint en annexe à toutes les Parties à la Convention;
5. prie également le Secrétaire général de communiquer des copies de la présente résolution et de son annexe aux Membres de l'Organisation qui ne sont pas Parties à la Convention;
6. prie en outre le Secrétaire général de prendre les mesures voulues afin de poursuivre son initiative interorganisations en informant le Comité de la sécurité maritime des faits nouveaux intervenus, notamment en ce qui concerne les procédures destinées à faciliter la fourniture d'un lieu sûr aux personnes en détresse en mer, afin que ce dernier prenne les mesures qu'il jugera appropriées.

in Erkenntnis der Notwendigkeit einer Klärung bestehender Verfahren, um zu gewährleisten, dass auf See gerettete Personen ohne Rücksichtnahme auf ihre Staatsangehörigkeit, ihre Rechtsstellung oder die Umstände, unter denen sie aufgefunden werden, an einen sicheren Ort gebracht werden;

ferner in der Erkenntnis, dass mit Absatz 3.1.9 der Anlage des Übereinkommens in der durch diese EntschlieÙung geänderten Fassung gewährleistet werden soll, dass in jedem Fall innerhalb einer angemessenen Zeit ein sicherer Ort zur Verfügung gestellt wird. Weiter ist beabsichtigt, dass die Zuständigkeit für die Bereitstellung eines sicheren Ortes oder für die Gewährleistung, dass ein sicherer Ort zur Verfügung gestellt wird, der Vertragspartei zukommt, die für den Such- und Rettungsbe- reich zuständig ist, in dem die Überlebenden aufgenommen wurden;

nach der auf seiner achtundsiebzigsten Tagung erfolgten Prüfung von Änderungen des Übereinkommens, die nach dessen Artikel III Absatz 2 Buchstabe a vorgeschlagen und weitergeleitet worden waren –

1. beschließt nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe c des Übereinkommens die Änderungen des Übereinkommens, deren Wortlaut in der Anlage zu dieser EntschlieÙung wiedergegeben ist;
2. bestimmt nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe f des Übereinkommens, dass die Änderungen als am 1. Januar 2006 angenommen gelten, sofern nicht vor diesem Zeitpunkt mehr als ein Drittel der Vertragsparteien einen Einspruch gegen die Änderungen notifiziert haben;
3. fordert die Vertragsparteien des Übereinkommens auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe h des Übereinkommens die Änderungen nach ihrer Annahme gemäß Nummer 2 dieser EntschlieÙung am 1. Juli 2006 in Kraft treten;
4. ersucht den Generalsekretär, nach Artikel III Absatz 2 Buchstabe d des Übereinkommens allen Vertragsparteien des Übereinkommens beglaubigte Abschriften dieser EntschlieÙung und des Wortlauts der in der Anlage enthaltenen Änderungen zu übermitteln;
5. ersucht den Generalsekretär ferner, den Mitgliedern der Organisation, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, Abschriften dieser EntschlieÙung und ihrer Anlage zu übermitteln;
6. ersucht den Generalsekretär ebenso, geeignete Maßnahmen zur Fortsetzung seiner interinstitutionellen Initiative zu treffen und den Schiffssicherheitsausschuss über die Entwicklungen, insbesondere im Hinblick auf Verfahren zur Unterstützung bei der Bereitstellung sicherer Orte für in Seenot geratene Personen, zu unterrichten, damit dieser die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen treffen kann.

**Anlage**

Änderungen  
des Internationalen Übereinkommens von 1979  
über den Such- und Rettungsdienst auf See  
in seiner geänderten Fassung

**Annex**

Amendments  
to the International Convention  
on Maritime Search and Rescue, 1979,  
as amended

**Annexe**

Amendements  
à la Convention internationale de 1979  
sur la recherche et le sauvetage maritimes,  
telle que modifiée

## Chapter 2

## Organization and co-ordination

2.1 Arrangements for provision and co-ordination of search and rescue services

1 The following sentence is added at the end of the existing paragraph 2.1.1:

“The notion of a person in distress at sea also includes persons in need of assistance who have found refuge on a coast in a remote location within an ocean area inaccessible to any rescue facility other than as provided for in the annex.”

## Chapitre 2

## Organisation et coordination

2.1 Dispositions relatives à la mise en place et à la coordination des services de recherche et de sauvetage

1 À la fin du paragraphe 2.1.1 actuel, ajouter la phrase suivante:

«La notion de personne en détresse en mer comprend aussi les personnes ayant besoin d'une assistance, qui ont trouvé refuge sur une côte dans un lieu isolé situé dans une région océanique inaccessible à des moyens de sauvetage autres que ceux prévus en vertu de la présente Annexe.»

## Kapitel 2

## Organisation und Koordinierung

2.1 Vorkehrungen für die Bereitstellung und Koordinierung von Such- und Rettungsdiensten

1. Dem bisherigen Wortlaut des Absatzes 2.1.1 wird folgender Satz angefügt:

„Der Begriff ‚in Seenot befindliche Person‘ schließt auch hilfsbedürftige Personen ein, die an einer Küste an einem entlegenen Ort in einem Meeresgebiet Zuflucht gefunden haben, das für andere als die in der Anlage vorgesehenen Rettungsmittel nicht zugänglich ist.“

## Chapter 3

## Co-operation between States

3.1 Co-operation between States

2 In paragraph 3.1.6, the word “and” is deleted in subparagraph .2, a full stop is replaced by “; and” in subparagraph .3 and the following new subparagraph .4 is added after the existing subparagraph .3:

“4 to make the necessary arrangements in co-operation with other RCCs to identify the most appropriate place(s) for disembarking persons found in distress at sea.”

3 The following new paragraph 3.1.9 is added after the existing paragraph 3.1.8:

“3.1.9 Parties shall co-ordinate and co-operate to ensure that masters of ships pro-

## Chapitre 3

## Coopération entre États

3.1 Coopération entre États

2 Au paragraphe 3.1.6, supprimer le mot «et» à l'alinéa 2), remplacer le point final par «; et» à l'alinéa .3 et ajouter un nouvel alinéa .4 après l'alinéa .3:

«4 à prendre les dispositions nécessaires, en coopération avec d'autres RCC, pour identifier le ou les lieux les plus appropriés pour débarquer des personnes trouvées en détresse en mer.»

3 Après l'actuel paragraphe 3.1.8, ajouter le nouveau paragraphe 3.1.9 ci-après:

«3.1.9 Les Parties doivent assurer la coordination et la coopération nécessaires pour

## Kapitel 3

Zusammenarbeit  
zwischen den Staaten

3.1 Zusammenarbeit zwischen den Staaten

2. In Absatz 3.1.6.2 wird das Wort „sowie“ gestrichen, in Absatz 3.1.6.3 wird der Punkt durch „sowie“ ersetzt und nach dem bisherigen Absatz 3.1.6.3 wird folgender neuer Absatz 3.1.6.4 angefügt:

„4 in Zusammenarbeit mit anderen RCC die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die am besten geeigneten Orte zum Ausschiffen von in Seenot aufgefundenen Personen zu ermitteln.“

3. Nach dem bisherigen Absatz 3.1.8 wird folgender neuer Absatz 3.1.9 angefügt:

„3.1.9 Die Vertragsparteien sorgen für Koordination und Zusammenarbeit, um zu

viding assistance by embarking persons in distress at sea are released from their obligations with minimum further deviation from the ships' intended voyage, provided that releasing the master of the ship from these obligations does not further endanger the safety of life at sea. The Party responsible for the search and rescue region in which such assistance is rendered shall exercise primary responsibility for ensuring such co-ordination and co-operation occurs, so that survivors assisted are disembarked from the assisting ship and delivered to a place of safety, taking into account the particular circumstances of the case and guidelines developed by the Organization. In these cases, the relevant Parties shall arrange for such disembarkation to be effected as soon as reasonably practicable."

que les capitaines de navires qui prêtent assistance en embarquant des personnes en détresse en mer soient dégagés de leurs obligations et s'écartent le moins possible de la route prévue, sans que le fait de les dégager de ces obligations ne compromette davantage la sauvegarde de la vie humaine en mer. La Partie responsable de la région de recherche et de sauvetage dans laquelle une assistance est prêtée assume au premier chef la responsabilité de veiller à ce que cette coordination et cette coopération soient assurées, afin que les survivants secourus soient débarqués du navire qui les a recueillis et conduits en lieu sûr, compte tenu de la situation particulière et des directives élaborées par l'Organisation. Dans ces cas, les Parties intéressées doivent prendre les dispositions nécessaires pour que ce débarquement ait lieu dans les meilleurs délais raisonnablement possibles.»

gewährleisten, dass Kapitäne von Schiffen, die Hilfe leisten, indem sie in Seenot geratene Personen an Bord nehmen, von ihren Verpflichtungen entbunden werden und möglichst wenig von der vorgesehenen Reise abweichen, sofern die Befreiung des Kapitäns des betreffenden Schiffes von diesen Verpflichtungen den Schutz des menschlichen Lebens auf See nicht zusätzlich gefährdet. Die Vertragspartei, die für den Such- und Rettungsbereich zuständig ist, in dem die Hilfe geleistet wird, trägt die Hauptverantwortung dafür, dass eine solche Koordinierung und Zusammenarbeit stattfindet, damit Überlebende, denen Hilfe geleistet wurde, von Bord des Hilfe leistenden Schiffes gehen können und an einen sicheren Ort gebracht werden, wobei die besonderen Umstände des Einzelfalls und die von der Organisation erarbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind. In diesen Fällen sorgen die betreffenden Vertragsparteien dafür, dass die Ausschiffung so bald erfolgt, wie dies mit angemessenem Aufwand durchführbar ist."

#### Chapter 4

##### Operating procedures

4.8 Termination and suspension of search and rescue operations

4 The following new paragraph 4.8.5 is added after the existing paragraph 4.8.4:

"4.8.5 The rescue co-ordination centre or rescue sub-centre concerned shall initiate the process of identifying the most appropriate place(s) for disembarking persons found in distress at sea. It shall inform the ship or ships and other relevant parties concerned thereof."

#### Chapitre 4

##### Procédures de mise en œuvre

4.8 Fin et suspension des opérations de recherche et de sauvetage

4 Après le paragraphe 4.8.4 actuel, ajouter le nouveau paragraphe 4.8.5 suivant:

«4.8.5 Le centre de coordination de sauvetage ou centre secondaire de sauvetage concerné doit entreprendre le processus d'identification du ou des lieux les plus appropriés pour débarquer les personnes trouvées en détresse en mer. Il en informe le ou les navires et les autres parties concernés.»

#### Kapitel 4

##### Betriebsverfahren

4.8 Beendigung und vorübergehende Einstellung der Such- und Rettungsmaßnahmen

4. Nach dem bisherigen Absatz 4.8.4 wird folgender neuer Absatz 4.8.5 angefügt:

„4.8.5 Die betreffende Rettungsleitstelle oder -unterleitstelle beginnt damit, den beziehungsweise die am besten geeigneten Ort(e) zur Ausschiffung von in Seenot aufgefundenen Personen zu ermitteln. Sie unterrichtet hiervon das Schiff beziehungsweise die Schiffe und die anderen betroffenen Stellen.“



**Bekanntmachung  
zu dem Haager Übereinkommen  
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

**Vom 7. Mai 2007**

Australien hat dem Verwahrer des Haager Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) am 4. Januar 2007 nach den Artikeln 2, 16 und 17 des Übereinkommens die geänderten Angaben der Zentralen Behörde und der zuständigen Behörde notifiziert:

„Folgende Stelle ist die Zentrale Behörde nach Artikel 2 und die zuständige Behörde nach Artikel 16:

The Secretary [Minister]  
Commonwealth Attorney-General's Department [Justizministerium]  
Robert Garran Offices  
Barton, ACT 2600  
Australien

Kontaktperson:

Frau Catherine Fitch  
Principal Legal Officer [Leitende Rechtsberaterin]  
Tel.: +61(2) 6250 6866  
Fax: +61(2) 6250 5904  
E-Mail: catherine.fitch@ag.gov.au

Zusätzliche Behörden

für den Gerichtsbezirk Victoria:

Supreme Court of Victoria [Oberster Gerichtshof von Victoria]  
General Registry [Allgemeine Geschäftsstelle]  
Level 2, 436 Lonsdale St  
Melbourne VIC 3000  
Australien  
Tel.: +61(3) 9603 6111  
Fax: +61(3) 9603 9400

für den Gerichtsbezirk New South Wales:

Supreme Court of New South Wales [Oberster Gerichtshof von New South Wales]  
GPO Box 3  
Sydney NSW 2001  
Australien  
Tel.: +61(2) 9230 8111  
Fax: +61(2) 9230 8628

für den Gerichtsbezirk des Australian Capital Territory:

Supreme Court of the Australian Capital Territory [Oberster Gerichtshof des Australian Capital Territory]  
GPO Box 1548  
Canberra ACT 2601  
Australien  
Tel.: +61(2) 6267 2707  
Fax: +61(2) 6257 3668

für den Gerichtsbezirk Queensland:

Supreme Court of Queensland [Oberster Gerichtshof von Queensland]  
PO Box 15167  
City East QLD 4002  
Australien

Civil Registry [Geschäftsstelle für Zivilsachen]:  
Tel.: +61(7) 3247 4313 und 3247 4314  
Fax: +61(7) 3247 5316 und 3247 5387

Criminal Registry [Geschäftsstelle für Strafsachen]:  
Tel.: +61(7) 3247 4424  
Fax: +61(7) 3247 4906

für den Gerichtsbezirk South Australia:

Supreme Court of South Australia [Oberster Gerichtshof von South Australia]

Civil Registry [Geschäftsstelle für Zivilsachen]:

1 Gouger St  
Adelaide SA 5000  
Australien  
Tel.: +61(8) 8204 0476, 8204 0477 und 8204 0497  
Fax: +61(8) 8212 7154

Criminal Registry [Geschäftsstelle für Strafsachen]:

Level 3, Sir Samuel Way Building  
Victoria Square  
Adelaide SA 5000  
Australien  
Tel.: +61(8) 8204 0484  
Fax: +61(8) 8204 0543

für den Gerichtsbezirk Tasmanien:

Supreme Court of Tasmania [Oberster Gerichtshof von Tasmanien]

Salamanca Place  
Hobart TAS 7000  
Australien  
Tel.: +61(3) 6233 3427  
Fax: +61(3) 6233 7816

für den Gerichtsbezirk Western Australia:

Supreme Court of Western Australia [Oberster Gerichtshof von Western Australia]

Stirling Gardens  
Barrack Street  
Perth WA 6000  
Australien  
Tel.: +61(8) 9421 5333  
Fax: +61(8) 9221 4436

für den Gerichtsbezirk Northern Territory:

Supreme Court of the Northern Territory [Oberster Gerichtshof des Northern Territory]

GPO Box 3946  
Darwin NT 0801  
Australien  
Tel.: +61(8) 8999 7953  
Fax: +61(8) 8999 5446“

Mexiko hat dem Verwahrer am 29. August 2006 nach Artikel 2 des Übereinkommens die Änderung der Zentralen Behörde gemäß Artikel 35 des Übereinkommens notifiziert:

„Dirección General de Asuntos Jurídicos [Rechtsabteilung]  
Secretaría de Relaciones Exteriores [Außenministerium]  
Plaza Juárez No. 20, Piso 5  
Colonia Centro, Delegación Cuauhtémoc  
C. P. 06010 Mexiko, D. F.  
Mexiko“

Die Schweiz hat dem Verwahrer am 9. November 2007 nach Artikel 2 des Übereinkommens mitgeteilt, dass die Adressen der Zentralen Behörden der Schweizer Kantone unter der nachfolgenden Internetadresse zu erhalten seien:

„<http://www.rhf.admin.ch/rhf/fr/home/zivil/behoerden/zentral.html>“

Spanien hat dem Verwahrer am 27. November 2006 nach Artikel 2 des Übereinkommens die nachfolgende Änderung der Zentralen Behörde mitgeteilt:

„Subdirección General de Cooperación Jurídica Internacional  
[Unterabteilung für internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts]  
Ministerio de Justicia [Ministerium für Justiz]  
Calle San Bernardo nº 62  
28071 Madrid“

Die Türkei hat dem Verwahrer am 8. September 2004 nach Artikel 2 des Übereinkommens mitgeteilt, dass das Ministerium der Justiz als die Zuständige Behörde für die Erteilung der in den Artikeln 16 und 17 des Übereinkommens vorgesehenen Genehmigungen bestimmt worden sei; die Adresse lautet:

„Ministry of Justice [Ministerium für Justiz]  
General Directorate for International Law and Foreign Relations  
[Abteilung für Internationales Recht und Auswärtige Beziehungen]  
Milli Müdafa Caddesi No: 22  
Ek Bina 5 Kat Bakanlikar  
Ankara  
Türkei“

Weißrussland hat dem Verwahrer am 17. April 2007 mitgeteilt, dass nach Artikel 2 des Übereinkommens die Zentrale Behörde wie folgt lautet:

„Ministry of Justice [Justizministerium]  
ul. Kollektornaya 10  
220084, Minsk  
Republic of Belarus  
Tel./Fax +375 (17) 200-96-84“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. März 2006 (BGBl. II S. 434).

Berlin, den 7. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
der deutsch-russischen Vereinbarung  
über die Zusammenarbeit bei der Vernichtung chemischer Waffen  
auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation**

**Vom 7. Mai 2007**

Die in Moskau durch Notenwechsel vom 22. Dezember 2006/15. März 2007 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit bei der Vernichtung chemischer Waffen auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 16. März 2007

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 7. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

Botschaft  
der Bundesrepublik Deutschland

Moskau, 22. Dezember 2006

### Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation unter Bezugnahme auf

- das Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über die Hilfeleistung für die Russische Föderation bei der Eliminierung der von ihr zu reduzierenden nuklearen und chemischen Waffen,
- das Abkommen vom 22. Oktober 1993 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Komitee beim Präsidenten der Russischen Föderation für Probleme der Übereinkommen über chemische und biologische Waffen über die Zusammenarbeit bei der sicheren und umweltgerechten Vernichtung chemischer Waffen,
- die Erklärung vom 27. Juni 2002 der Staats- und Regierungschefs der G-8 in Kananaskis und den in diesem Zusammenhang verabschiedeten Richtlinien und Prinzipien
- das Treffen vom 21. bis 23. November 2006 von Vertretern des Auswärtigen Amts, des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung und deutschen Firmen mit Vertretern der Föderalen Agentur für Industrie und der Föderalen Behörde für die Sichere Lagerung und Entsorgung chemischer Waffen in Moskau und das aus diesem Anlass unterzeichnete gemeinsame Protokoll

und

- die Verbalnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation Nr. 10861 vom 6.12.2006

den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit bei der Vernichtung chemischer Waffen auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens des Bundeshaushalts 2007 und der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel erklärt das Auswärtige Amt seine Bereitschaft, in den kommenden Jahren mit der Regierung der Russischen Föderation bei der Vernichtung chemischer Waffen auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation und insbesondere beim Bau der Anlage zur Vernichtung chemischer Waffen in Potschep, Gebiet Brjansk zusammenzuarbeiten.
2. Zu diesem Zweck stellt das Auswärtige Amt im Rahmen der G-8-Initiative „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“ im Haushaltsjahr 2007 und in den folgenden Haushaltsjahren insgesamt bis zu 140 000 000,00 Euro (in Worten: einhundertvierzig Millionen Euro) als nicht rückzahlbare Beträge im Rahmen der technischen Hilfe zur Verfügung. Im Haushaltsjahr 2007 kann sich der Betrag auf bis zu 40 000 000,00 Euro (in Worten: vierzig Millionen Euro) belaufen.
3. Die Mittel werden für den Bau des Gebäudes 11 und die Projektierung, Beschaffung, Montage und Inbetriebnahme der in diesem Gebäude unterzubringenden Anlage zur Verbrennung der bei der Vernichtung entstehenden Reaktionsmassen und der festen und flüssigen Reststoffe zur Verfügung gestellt.
4. Im Einzelnen sollen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel folgende Leistungen finanziert werden:
  - Ausführung der Projektierungsarbeiten und Einholung der erforderlichen Genehmigungen
  - Errichtung des Gebäudes einschließlich Infrastruktur wie Beleuchtung und Brandschutz
  - Errichtung und Inbetriebnahme der Raumluftechnik
  - Errichtung und Inbetriebnahme der Verbrennungsanlage für Reaktionsmassen und flüssige Reststoffe
  - Errichtung und Inbetriebnahme der Verbrennungsanlage für feste Reststoffe
  - Errichtung und Inbetriebnahme einer Abwasseraufbereitungsanlage
  - Errichtung und Inbetriebnahme einer verfahrenstechnischen Einrichtung zum Abziehen der Reaktionsgemische aus den Munitionskörpern
5. Zur Durchführung dieser Aufgaben wird das Auswärtige Amt nach Zustandekommen einer völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarung auf der Grundlage von mit den zuständigen russischen Stellen erarbeiteten detaillierten technischen Aufgabenstellun-

gen einen Vertrag mit einem deutschen Generalauftragnehmer abschließen. Der deutsche Generalauftragnehmer wird mit deutschen, europäischen und russischen Unterauftragnehmern Verträge abschließen. Die russischen Unterauftragnehmer werden auf Vorschlag der deutschen oder russischen Seite im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen und russischen Stellen ausgewählt. Die unter Ziffer 4 aufgeführten Lieferungen und Leistungen werden innerhalb einer Frist von 23 Monaten nach Abschluss dieser völkerrechtlichen Vereinbarung erbracht. Das konkrete Fertigstellungsdatum der Arbeiten wird bei Vertragsschluss festgelegt.

6. Die angebotene Unterstützung der Bundesregierung berührt nicht die alleinige russische Verpflichtung zur vollständigen und fristgerechten Vernichtung der Chemiewaffen nach dem Chemiewaffenübereinkommen.
7. Diese Vereinbarung wird in deutscher und russischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Russischen Föderation mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Russischen Föderation zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation bilden, die mit dem Eingang der Antwortnote in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das  
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten  
der Russischen Föderation  
Department für Sicherheits- und Abrüstungsfragen  
Moskau

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
der Satzung der Internationalen Studienzentrale  
für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut**

**Vom 7. Mai 2007**

Die Satzung der Internationalen Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut vom 5. Dezember 1956 in ihrer geänderten Fassung vom 21. Oktober 1993 (BGBl. 1997 II S. 645) ist nach ihrem Artikel 2 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Laos	am	21. Juni 2006
Seychellen	am	5. Oktober 2006.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. II S. 1400).

Berlin, den 7. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel



Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

## **Bekanntmachung über das Inkrafttreten des OCCAR-Geheimhaltungsübereinkommens**

**Vom 10. Mai 2007**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. August 2005 zu dem OCCAR-Geheimhaltungsübereinkommen vom 24. September 2004 zwischen der Regierung der Französischen Republik, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (BGBl. 2005 II S. 778) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 17. Juni 2006  
in Kraft getreten ist.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 9. Januar 2006 bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt worden.

Für die übrigen Vertragsparteien ist es ebenfalls  
am 17. Juni 2006

in Kraft getreten.

Berlin, den 10. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel